

SAMSTAGSKOLUMNE

Worüber hätten die Staats- und Regierungschefs, die sich am Donnerstag und Freitag beim Nato-Gipfel in Wales getroffen haben, wohl gesprochen, gäbe es keine Ukraine-Krise? Sicherlich über den Abzug aus Afghanistan. Womöglich auch über weitere Reduktionen bei den Friedenssicherungsoperationen im Kosovo sowie über die Bekämpfung der Piraterie auf den Seestrecken um Afrika herum. Denn in den letzten Jahren war kaum jemand wirklich begeistert, die fortlaufenden Operationen des Militärbündnisses finanziell oder personell zu unterstützen. Nicht wenige fragten, wofür wir dieses Relikt aus dem Kalten Krieg überhaupt benötigen. Europa ist inzwischen befriedet, und sofern es sich für etwas anders als den eigenen Bauchnabel interessiert, gibt es die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Ganz im Gegensatz zur Nato stützt sich diese auf sanfte Machtinstrumente – „Soft Power“, wie man so schön auf Neudeutsch sagt.

Inzwischen ist man aus dem

schönen Traum aufgeweckt worden, doch nicht von einem hübschen Prinzen. Nein, es gibt nichts Schönes an Herrn Putin und seiner Politik. Vielmehr erinnert er uns an den berühmten Satz des alten Römers, Titus Maccius Plautus, den der schottische Philosoph, Thomas Hobbes, als Grundsatz für die internationale Politik vorschlug: „Ein Wolf ist der Mensch dem Menschen, nicht ein Mensch, wenn man sich nicht kennt.“ Nicht von Neudeutsch, sondern Neurussland ist die Rede.

Das alles beunruhigt. Denn wir wollen nicht wahrhaben, dass man heute durch Gewalt die Grenzen Europas verschieben will oder kann. Eigentlich sollte die Bedeutung von Grenzen durch den europäischen Binnenmarkt und die Personenfreizügigkeit abnehmen. Und jetzt sollen wir für deren Erhalt kämpfen? Die Frage will man gar nicht stellen. Besser, man schließt eine militärische Antwort auf die russische Invasion der Ukraine aus, verleugnet, dass es sich um eine Invasion han-

Von Außen betrachtet



Von James Davis

Verhandeln können nur die Starken

delt (zur Erinnerung: sie begannen bereits im Februar auf der Krim), und spricht von der Notwendigkeit einer politischen Lösung. Selbstverständlich brauchen wir eine politische Lösung, jedoch wird sie von unserer Bereitschaft abhängen, uns von der

Selbstlüge einer internationalen Politik ohne „harte“ Instrumente der Macht zu trennen. Denn inzwischen wissen wir, mit wem wir die erstrebte Lösung des Konflikts aushandeln wollen. Inzwischen kann niemand mehr behaupten, dass wir es mit einem „lupen-

reinen Demokraten“ zu tun haben. In Moskau entscheidet Wladimir Putin alleine, in Russland duldet er keine Opposition, und in Europa betrachtet er Hinterlist als eine Kardinaltugend seiner Außenpolitik. Kann man mit einem brutalen Lügner verhandeln? Ja, aber nur, indem man sich der eigenen Interessen klar bewusst ist und dem Gegner unzweifelhaft signalisieren kann, dass man sowohl die Fähigkeit als auch den Willen hat, diese im Ernstfall zu verteidigen.

Es ist eine alte Lektion, doch hatten viele in der Nato sie vergessen: verhandeln können nur die Starken. Es mag paradox klingen, aber die harten Instrumente der Macht sind am effektivsten, wenn sie nicht einmal zum Einsatz kommen! So haben unsere Politiker jetzt zwei Aufgaben. Erstens müssen sie unsere Interessen klar und unmissverständlich definieren. Mit einer abstrakten Diskussion von gemeinsamen Werten und allgemeingültigen Normen ist es nicht getan. Die Frage die wir

von jetzt an zu beantworten haben, ist präziser: Wofür wären, oder besser gesagt, wofür sind wir bereit zu kämpfen? Sicherlich nicht für Donetsk oder Luhansk; aber was ist mit Vilnius oder Gdansk?

Nach einer klaren Definition unserer Interessen müssen die westlichen Politiker entschlossen die Fähigkeiten und den Willen mobilisieren, diese zu verteidigen. Dies ist zunächst eine Frage des Geldes. Wir müssen wieder in die Instrumente der harten Macht investieren. Doch dabei darf die Rolle der gesellschaftlichen Moral nicht zu kurz kommen! Denn am Ende des Tages wirken die harten und sanften Instrumente der Macht zusammen, und gegen die Anziehungskraft einer selbstbewussten und freien Gesellschaft wird Vladimir Putin keine effektiven Waffen finden.

*) James Davis ist US-amerikanischer Politikwissenschaftler. Er unterrichtet am Institut für Politikwissenschaft der Universität St. Gallen in der Schweiz.

UKRAINE

Konfliktparteien unterzeichnen Waffenruhe

Minsk – Nach monatelangen schweren Kämpfen in der Ostukraine haben sich die Führung in Kiew und die russischen Separatisten erstmals gemeinsam auf eine Waffenruhe geeinigt. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko wies seine Truppen am Freitag an, ab 18.00 Uhr das Feuer im Konfliktgebiet einzustellen. Beim Treffen der Kontaktgruppe in der weißrussischen Hauptstadt Minsk „wurde ein vorläufiges Protokoll für eine Einstellung des Feuers unterzeichnet“, teilte er mit. „Die ganze Welt strebt nach Frieden. Nach Frieden strebt die ganze Ukraine – einschließlich der Millionen Bewohner des Donbass.“ Der Kreml begrüßte die Einigung auf eine Waffenruhe. Auch Separatistenführer Andrej Sachartschenko im ostukrainischen Donezk ordnete eine Feuerpause an. Die Einigung bedeute aber nicht, dass die Aufständischen ihr Ziel einer Abspaltung von der Ukraine aufgaben, sagte ein Separatistenführer in Lugansk russischen Agenturen zufolge.

Es ist die erste von beiden Seiten vereinbarte Waffenruhe seit Beginn der ukrainischen „Anti-Terror-Operation“ im April.

Das Datum

6. September 1978: Auf Initiative des amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter beginnen der ägyptische Staatschef Mo-hammed Anwar el Sadat und Israels Ministerpräsident Menachem Begin in Camp David gemeinsame Verhandlungen.

7. September 1949: In Bonn konstituieren sich Bundesrat und Bundestag. Zum ersten Bundestagspräsidenten wird Erich Köhler (CDU) gewählt, erster Bundesratspräsident wird Karl Arnold (CDU).

7. September 1994: Mit der SPD-Politikerin Jutta Limbach wird erstmals eine Frau an die Spitze des Bundesverfassungsgerichts gewählt.

KAMPF GEGEN IS

Erste Militärgüter für die Kurden im Nordirak geliefert

Potsdam/Erbil – Die irakischen Kurden haben für den Kampf gegen die IS-Terrormiliz erstmals deutsche Militärausrüstung erhalten. Wie ein Sprecher des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr in Potsdam berichtete, wurde die Ausrüstung mit Lastwagen vom Flughafen in Erbil aus in ein Lagerhaus der kurdischen Streitkräfte (Peshmerga) gebracht.

Die erste Maschine mit Ausrüstung aus Bundeswehrbeständen hatte in der Nacht jeweils 4000 Gefechtselme und Schutzwesten nach Erbil transportiert. An Bord waren außerdem Geräte zur Minensuche und zur Munitionsbeseitigung sowie Werkzeug. Die zivile Frachtmaschine vom russischen Typ Antonow war vom Flughafen Leipzig/Halle aus gestartet. Sie gehört dem russisch-ukrainischen Logistik-Unternehmen Ruslan Salis.

Die Maschine musste – obwohl dies ein Umweg ist – in der irakischen Hauptstadt Bagdad zwischenlanden. Dort wurde die Ladung von einem Vertreter der irakischen Regierung inspiziert. Während dieser Inspektion war ein deutscher Soldat anwesend, der die Lieferung begleitet hatte.

GIPFEL IN NEWPORT

Nato schaltet auf Krisenmodus

Die Nato beschließt im Verhältnis zu Moskau eine grundlegende Kehrtwende. Zwar werden nicht alle Gesprächs-Brücken abgebrochen, doch steht für die Allianz vor allem eines im Vordergrund: Präsenz und militärische Stärke in Osteuropa zeigen – gegen mögliche Moskauer Begehrlichkeiten.

Newport – Die Nato hat Konsequenzen aus dem Konflikt mit Russland gezogen: Zweieinhalb Jahrzehnte nach dem Ende des Kalten Krieges erhöht das Bündnis seine militärische Präsenz in Osteuropa. „Dieser Beschluss sendet ein klares Signal – die Nato schützt alle Verbündeten, zu jeder Zeit“, sagte Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen am Freitag beim Nato-Gipfel in Wales. Doch die Allianz bricht nicht alle Brücken zu Moskau ab.

Als Reaktion auf das militärische Eingreifen Russlands in den Konflikt in der Ukraine beschloss die Allianz den Aufbau einer neuen Krisen-Eingreiftruppe sowie einen Aktionsplan für Osteuropa, der eine erhöhte Präsenz des Bündnisses in der Region vorsieht. Nach einer schwierigen Partnerschaft in den vergangenen Jahren bedeutet dies eine deutliche Kehrtwende im Verhältnis zu Moskau.



Familienfoto mit Signalcharakter: Die Staats- und Regierungschefs der Nato stellten sich gestern beim Gipfel in Newport demonstrativ vor der Attrappe eines Typhoon-Kampffjets den Kameras der Medien.

FOTO: DPA

„Das ist eine Demonstration unserer Solidarität und unserer Entschlossenheit“, sagte Rasmussen im walisischen Newport. Polen und die baltischen Staaten fühlen sich durch Russlands Vorgehen in der Ukraine bedroht und hatten von ihren Verbündeten eindeutige Rückendeckung und sogar ständige Truppenpräsenz gefordert.

Die als „Speerspitze“ bezeichnete Eingreiftruppe mit

einer Stärke von mehreren tausend Soldaten soll im Krisenfall innerhalb von wenigen Tagen einsatzbereit sein. Dafür baut die Nato ihre Stützpunkte und Infrastruktur in Osteuropa aus, verlegt militärisches Material dorthin und erhöht durch stetige Übungen wechselnder Truppen ihre militärische Präsenz vor Ort.

Die Annexion der Krim und die aktive Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine

durch Russland hatten die Nato überrascht und dazu geführt, dass die Allianz ihre Beziehung zu Moskau grundlegend auf den Prüfstand stellte. „Wir haben klar und deutlich gemacht, dass Prinzipien verletzt werden“, beschrieb Merkel nun die Reaktion des Bündnisses.

Doch die Allianz bricht nicht alle Brücken zu Moskau ab. Anders als von den osteuropäischen Mitgliedern gefor-

dert, kündigt die Allianz nicht die Grundakte auf, in der 1997 die Beziehungen zwischen der Nato und Russland geregelt werden. „Wir haben deutlich gemacht, dass wir zu unseren Verabredungen stehen“, sagte Merkel. „Wir stehen zu der Sicherheitsarchitektur Europas.“

Denn trotz der aktuellen massiven Spannungen gibt es unter den Nato-Staaten die Hoffnung, dass beide Seiten

„Wir müssen alle Türen offen halten“

Nervosität an der Ostflanke der Nato: Was wäre, wenn Russland versuchen würde, weitere ehemalige Staaten des Warschauer Paktes zu destabilisieren? Wir sprachen darüber mit Henning Riecke von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

Die baltischen Staaten und Polen haben schon vor dem Gipfel auf ein entschiedeneres Vorgehen der Nato gegenüber Russland gedrängt. Besonders im Baltikum gibt es Ängste, Russland könne auch hier seinen Einflussbereich ausdehnen. Ist diese Haltung für Sie nachvollziehbar?

Zum Teil schon. In Lettland und Estland gibt es sehr starke russische Minderheiten, und das Verhältnis der Bevölkerungsmehrheit zu diesen Minderheiten war nicht immer gut. Außerdem gab es in

Estland russische Cyber-Angriffe, die die Regierungsfähigkeit verhindern sollten – woher genau diese Angriffe kamen, war nicht ganz klar. Dies passierte vor dem Hintergrund, dass die Balten früher nicht freiwillig Teil der Sowjetunion waren und Russland immer noch als Bedrohung wahrnehmen. Diese Situation war den anderen Nato-Staaten bis zur Ukraine-Krise nicht ganz präsent.

Im Westen gibt es einige Stimmen, die sagen, die Ukraine-Krise sei eine indirekte Folge der Nato-Osterweiterung, die das Baltikum und Polen einschloss – der Westen habe Russland damit unnötig provoziert.

Hinterher lässt sich immer sagen, dass man hätte anders handeln können. Aber die osteuropäischen Staaten



Henning Riecke,

Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

wollten damals in die Nato, und ihre Aufnahme in das Bündnis hat viele erfolgreiche Prozesse in Gang gesetzt: etwa eine politische Kontrolle des Militärs und eine Reform der Streitkräfte. In der Nato dachte man, stabile Verhältnisse in diesen Ländern würden auch Russland nützen, und war vielleicht ein bisschen verliebt in seine guten Absichten. Es war ja noch zu Zeiten des damaligen russischen Präsidenten Boris Jelzins, als niemand wusste, wo

es mit Russland hingehet. Gleichzeitig mit der Aufnahme der neuen Mitglieder in die Nato wurde Russland die luxuriöse Partnerschaft mit dem Bündnis angeboten, die ein Staat mit der Nato haben kann: Unter anderem entstand der Nato-Russland-Rat. Jetzt haben wir eben eine neue Situation mit einem Präsidenten Wladimir Putin, der das Auseinanderfallen der Sowjetunion als schlimmstes Ereignis des 20. Jahrhunderts bezeichnet.

Wäre es vor diesem Hintergrund mit Rücksicht auf die östlichen Nato-Staaten nicht doch denkbar gewesen, eine deutlichere Sprache zu sprechen? Beispielsweise hätte die Nato die Gründungsakte des Nato-Russland-Rates aufkündigen oder der Ukraine eine baldige Mit-

gliedschaft in Aussicht stellen können.

Die Gründungsakte ist nach wie vor ein sinnvolles Dokument. Wenn wir sie aufgelöst hätten, hätte das Russland außerdem nicht weiter gestört. Und für eine Mitgliedschaft der Ukraine in der Nato findet sich im Bündnis momentan keine Mehrheit. Das Land ist ein fragiler Staat mit hohen Schulden, Korruption und der Orientierung der Gesellschaft. Es gibt also gute Gründe dafür, dass die Ukraine im jetzigen Zustand kein Mitglied der Nato ist.

Dann hat aus Ihrer Sicht Merkel richtig gehandelt, indem sie einen vergleichsweise konzilianten Ton gegenüber Russland anschlug?

Wir müssen alle Türen in Richtung Russland offenhal-

ten, für den Fall, dass es sich die Führung dort anders überlegt. Es kann sein, dass Russland in der Ukraine sein Ziel erreicht sein, nämlich, das Land zu destabilisieren. Es kann auch sein, dass Russland nie zufrieden sein wird. Es kann ebenfalls sein, dass Putin ein Getriebener seiner eigenen Strategie ist und von den Konservativen in Russland so unter Druck gesetzt wird, dass er irgendwann froh ist, wenn wir ihm eine Brücke bauen.

Erst einmal abwarten – die Balten hätten sich mehr erwartet.

Die Nato besteht aus vielen Mitgliedern, da muss man auch mal verhandeln. Das Bündnis hat es noch immer geschafft, eine gemeinsame solidarische Grundlage zu schaffen und dabei glaubwürdig zu bleiben.

Interview: Susanne Stephan